

Minister Schäuble



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL (L.), ALEXANDROS VLACHOS / DPA (R.)

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Große Defizite“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, 68 (CDU), über das neue Hilfspaket für Griechenland, die Macht der Spekulanten und seine Meinung zu Steuersenkungen

SPIEGEL: Herr Minister, vor 15 Jahren hat ein deutscher Spitzenpolitiker in einem Buch vorhergesagt, der Euro werde den Staaten keinen „Rückfall in bequeme Schuldenmacherei“ mehr erlauben. Haben Sie eine Idee, von wem diese Prognose stammt?

Schäuble: Eine Idee schon, aber Sie werden es mir sicher gleich sagen.

SPIEGEL: Es war der damalige Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Wolfgang Schäuble.

Schäuble: Damals habe ich eine Erwartung ausgedrückt, die viele hatten. Und in der Tendenz hat sich das sogar bestätigt. Im Falle Griechenlands sehen wir ja gerade, dass es die Währungsunion ihren Mitgliedsländern nicht erlaubt, auf Dauer eine unsolide Finanzpolitik zu betreiben.

SPIEGEL: Im Falle Griechenlands haben wir aber auch gesehen, dass die Politiker jahrelang die Augen verschlossen haben. Deswegen müssen sie nun ihr Versprechen aus den europäischen Verträgen brechen, wonach Deutschland niemals für

die Schulden anderer Länder aufkommen muss. Hat der Euro damit seine Glaubwürdigkeit verloren?

Schäuble: Wenn wir eine gemeinsame Währung haben, dann müssen wir sie auch verteidigen können, und das im Einklang mit den EU-Verträgen. Das ist uns gelungen: Der Euro ist stabil, und nicht zuletzt wegen seiner hohen Glaubwürdigkeit legen immer mehr Länder ihre Finanzreserven in Euro an. Es ist im Übrigen nicht so, dass wir mit dem Ziel helfen, für die Schulden anderer aufzukommen. Wir helfen zuallererst im eigenen Interesse.

SPIEGEL: Aber die Steuerzahler müssen jetzt schon wieder einen zweistelligen Milliardenbetrag für Griechenland aufbringen, nachdem Europa und der Internationale Währungsfonds IWF bereits vergangenes Jahr 110 Milliarden Euro bereitgestellt haben. Können Sie den Bürgern zusagen, dass dies das letzte Paket ist?

Schäuble: Wir haben uns immer gegen den ursprünglichen simplizistischen Ansatz gewehrt, dass es mit einer Einmalzahlung

an die Griechen 2010 getan sei. Wir haben von vornherein gesagt, dass dies eine komplexe Aufgabe ist, die ein Programm und Zeit braucht. Gerade weil wir um die Größe der Probleme wussten, haben wir frühzeitig gesagt, dass ein dauerhafter Mechanismus zur Bewältigung der Schuldenkrise geschaffen werden muss. Der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus, ist jetzt da und wird ratifiziert. Der greift aber erst ab 2013. Deshalb benötigen wir eine Zwischenlösung, darum geht es jetzt.

SPIEGEL: Die meisten Experten bezweifeln, dass diese Zwischenlösung funktioniert. Am Ende, so lautet das Urteil, wird Griechenland um eine Umschuldung nicht herumkommen. Sehen Sie das anders?

Schäuble: Allerdings. Das Programm für Griechenland wird tragfähig sein, wenn Griechenland all das umsetzt, was es beschlossen hat. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern die des IWF, der Europäischen Zentralbank EZB und der EU-Kommission. Ich habe hohen Respekt, wie die griechische Bevölkerung diese un-



Ausschreitungen in Athen: „Das wird nicht leicht“

gewöhnliche Herausforderung anpackt. Das wird nicht leicht, aber die Griechen haben sich entschieden, diesen Weg zu gehen. Und ich bin überzeugt, dass sie alles daransetzen werden, sich aus der Misere wieder herauszuarbeiten.

SPIEGEL: Da gehören Sie inzwischen zu einer Minderheit. Griechenland muss bald ein Zehntel seines Inlandsprodukts nur für Zinsen ausgeben, und die Wirtschaft des Landes ist nicht wettbewerbsfähig. Wie wollen Sie diese Probleme lösen?

Schäuble: Griechenland hat erhebliches Potential, seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Nehmen Sie nur mal den Anteil des Staates an der griechischen Wirtschaft, der heute fast so hoch ist wie in einem Land des früheren Kommunismus. Wenn Griechenland jetzt im großen Stil Staatsunternehmen privatisiert, wird das nicht nur Geld in die Staatskasse bringen, es wird auch beträchtliche Wachstumskräfte freisetzen. Gerade wir in Deutschland wissen, was möglich ist, wenn ein Land echte Strukturreformen anpackt.

SPIEGEL: Derzeit verordnet Europa dem Land aber vor allem Sparpakete. Braucht es nicht einen europäischen Marshallplan, damit es auf Wachstumskurs kommt?

Schäuble: Wie Sie das nennen, ist nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass Europa stärker als bisher bereit sein muss, Griechenland dabei zu unterstützen, Wachstum zu generieren. Wenn mein Athener Amtskollege demnächst nach Berlin

kommt, werde ich mit ihm darüber reden, wie wir diesen Prozess befördern können. Hier liegen auch beträchtliche Aufgaben und Chancen für die deutsche Wirtschaft.

SPIEGEL: Das wird alles nichts helfen, solange Griechenland von seinen enormen Schulden erdrückt wird. Wäre es nicht besser, wenn das Land eingestehen würde, dass es pleite ist, und seine Gläubiger darum bittet, es von einem Teil seiner Schuldenlast zu befreien?

Schäuble: Es ist unsere Verantwortung, krisenhafte Zuspitzungen zu vermeiden. Würden wir das nicht tun, könnte die Krise auf andere Euro-Länder übergreifen, mit unbekanntem, aber durchaus respektgebietenden Auswirkungen auf Banken, die Realwirtschaft und möglicherweise das Finanzsystem als Ganzes. Das ist jedenfalls die Befürchtung der Europäischen Zentralbank, darauf muss ich als Finanzminister Rücksicht nehmen.

SPIEGEL: Selbst Ihr Amtsvorgänger Peer Steinbrück von der SPD ist der Auffassung, dass die Folgen einer griechischen Staatspleite beherrschbar wären.

Schäuble: Herr Steinbrück ist aber auch der Auffassung, ich solle meine Politik in enger Abstimmung mit der EZB machen. Das passt nun schlecht zusammen, denn es ist ja gerade die EZB, die seit langem vor den unkalkulierbaren und dramatischen Konsequenzen einer griechischen Staatspleite warnt. Wir dürfen nicht zulassen, dass es auf den Finanz-

märkten zu einem zweiten Fall Lehman kommt.

SPIEGEL: Der Vergleich hinkt. Bei Lehman wusste niemand so genau, wo die Bank überall engagiert war. Wer die Gläubiger Griechenlands sind, ist dagegen weitgehend bekannt. Die Politik müsste nur signalisieren, dass sie gefährdete Banken im Notfall stabilisiert.

Schäuble: Natürlich bereiten wir uns als verantwortungsvolle Regierung für den unwahrscheinlichen Fall vor, dass es entgegen allen Erwartungen doch zu einem Ausfall griechischer Zahlungen kommt. Dann werden wir dafür sorgen, dass es zu keiner unkontrollierten Entwicklung kommt. Dennoch wäre es ganz falsch, Griechenland leichtfertig in eine Insolvenz zu treiben. Die Risiken für die griechische Wirtschaft und die Ansteckungsgefahren auf den Finanzmärkten wären einfach zu groß.

SPIEGEL: Die Nutznießer Ihrer Politik sind die internationalen Spekulanten. So wie sie sich während der Finanzkrise darauf verlassen konnten, dass der Staat im Zweifel marode Banken herauskauft, können sie jetzt damit rechnen, dass die Steuerzahler in jedem Fall bankrotte Staaten finanzieren. Wo soll das enden?

Schäuble: Sie liegen falsch, die Politik hat längst reagiert. Deshalb haben wir ja für den Euro-Raum einen Mechanismus geschaffen, der ab dem Jahr 2013 bei der – dann hoffentlich aufgrund des verschärften Stabilitätspakts nur noch schwer vorstellbaren – Staatsschuldenkrise private Gläubiger zwingend an den Rettungskosten beteiligt. Und deshalb haben wir bei dem aktuellen Hilfspaket für Griechenland dafür gesorgt, dass betroffene Banken und Finanzinstitute freiwillig mitmachen.

SPIEGEL: Das ist nicht mehr als ein Alibi. Ursprünglich wollten Sie den Privatsektor mit einem zweistelligen Milliardenbetrag beteiligen. Jetzt sind es nur zwei Milliarden Euro. Nennen Sie das einen Erfolg?

Schäuble: Natürlich ist das ein Erfolg. Wir wollen eine substantielle Summe auf europäischer Ebene erreichen. Sie wiederum sprechen über den Betrag, den der deutsche Finanzsektor vergangenen Donnerstag zugesagt hat. Der umfasst alle dessen Anleihen, die bis 2014 fällig werden. Der Rest wird aus den anderen Ländern Europas und von internationalen Investoren kommen. Zudem habe ich mit meinem Vorschlag bewusst in Kauf genommen, dass mir neunmalklugen Journalisten später den Vorwurf machen, ich hätte mich nicht durchgesetzt. Vor ein paar Monaten hat niemand im Ernst geglaubt, dass wir überhaupt irgendeine Privatbeteiligung bekommen.

SPIEGEL: Diese angebliche Beteiligung wird zu einem erheblichen Anteil staatlich garantiert. Wo soll eigentlich das Opfer für die Banken sein?

Schäuble: Das stimmt doch gar nicht. Der Beitrag des privaten Finanzsektors wird voll von diesem finanziert werden. Ohne

staatliche Garantien. Aber richtig ist auch: Die deutschen Banken und Versicherungen haben mir sehr deutlich gemacht, dass ihre Beteiligung nicht zu einer Benachteiligung gegenüber europäischen Wettbewerbern führen darf.

SPIEGEL: Noch einmal: Banken, die sich bereit erklären, ihre Anleihen länger zu halten, dürfen dafür enorme Zinsen nehmen und bekommen auch noch Garantien des Staates. Deutlicher kann man kaum zeigen, dass die Spekulanten die Konditionen bestimmen.

Schäuble: Die Politik ist keine Gefangene von Finanzmärkten, sie kann aber auch nicht tun und lassen, was sie will. Natürlich gibt es auf den Märkten viel Übertreibung. Deswegen sage ich ja: Ohne eine Beteiligung des privaten Sektors steht die Legitimität der Marktwirtschaft und der demokratischen

Ordnung auf dem Spiel. Das sind keine Kleinigkeiten. Daher habe ich in den vergangenen Monaten ja diese intensive Diskussion mit Jean-Claude Trichet geführt ...

SPIEGEL: ... dem Präsidenten der EZB, der von einer regelhaften Privatgläubigerbeteiligung wenig hält.

Schäuble: Wir müssen darauf achten, dass die Menschen das Gefühl behalten: Es geht noch einigermaßen fair zu.

SPIEGEL: Schuldner- wie Gläubigerländer erleben das Gegenteil. In Griechenland erfüllt die Regierung das Spardiktat aus Brüssel, in Deutschland zeichnet das Parlament Blankoschecks für künftige Rettungsaktionen. Wird die Euro-Rettung zur Gefahr für die Demokratie?

Schäuble: Ihre Schilderung von Blankoschecks und Ähnliches trifft ja nicht zu. Aber richtig ist, dass wir aufpassen müssen. Nicht nur in Deutschland, in allen Ländern mit guter Bonität haben die Regierungen das Problem, ihrer Bevölkerung erklären zu müssen, warum die Hilfen für Griechenland notwendig sind.

SPIEGEL: Vielleicht wäre das Verständnis bei den Bürgern größer, wenn Sie endlich mit der bitteren Wahrheit herausrücken würden: Deutschland und andere europäische Staaten werden den Griechen viele Jahre lang viel Geld überweisen müssen; Geld, das sie zu einem großen Teil nie wiedersehen werden.

Schäuble: Nein. Griechenland muss jetzt das Blatt wenden und ein ungemein ambitioniertes Sparprogramm umsetzen. Das ist hart, ja. Auf deutsche Verhältnisse umgerechnet wären das Kürzungen von



Krisenmanager Schäuble*: „Noch ein weiter Weg“

400 Milliarden Euro. Das wäre mehr als das gesamte Volumen des Bundeshaushalts. Aber es ist der einzige Weg, die jahrelangen Versäumnisse aufzuholen.

SPIEGEL: Niemand glaubt ernsthaft daran, dass Athen das schafft. Warum schenken Sie den Menschen nicht reinen Wein ein? Deutschland ist Teil einer Währungsgemeinschaft und profitiert davon. Der Preis dafür ist aber eine Transferunion mit Zahlungen der wirtschaftlich starken Länder in die schwächeren.

Schäuble: Ich will dieses Wort nicht verwenden, weil es schlicht und ergreifend nicht zutreffend ist. Wahr ist aber: Jede Gemeinschaft kann nur funktionieren, wenn es Mechanismen für einen gewissen Ausgleich gibt. Dafür haben wir in der EU die Strukturfonds. Die Menschen sind in einer kleineren Gemeinschaft eher bereit, solche Zahlungen zu leisten, als in einer größeren. Das zeigt uns schon der Länderfinanzausgleich in der Bundesrepublik, der ja seit langem umstritten ist.

SPIEGEL: Die Bereitschaft der Abgeordneten von Union und FDP im Bundestag, immer neue Vollmachten für neue Hilfspakete zu unterschreiben, ist erschöpft.



Schäuble beim SPIEGEL-Gespräch* „Neunmalklug Journalisten“

Sie fordern, beim permanenten Rettungsschirm besser beteiligt zu werden.

Schäuble: Immer dann, wenn ein Schuldnerland neu in ein Programm aufgenommen wird, muss sich der Bundestag damit befassen. In welcher Form das geschieht, darüber diskutiert die Regierung mit den Parlamentariern. Wir müssen aber die Realität an den Finanzmärkten und deren Geschwindigkeit im Auge behalten.

SPIEGEL: Wenn Deutschland von den Griechen große Sparanstrengungen erwartet, muss es dann nicht mit gutem Beispiel vorangehen? Sind vor diesem Hintergrund Steuerensenkungen denkbar?

Schäuble: Am Mittwoch schließen wir den Bundeshaushalt für 2012 im Kabinett. Da kann sich jeder die Zahlen ansehen. Sie zeigen, dass wir bei allen Erfolgen unserer Sparbe-

mühungen noch einen weiten Weg gehen müssen, um die Regeln der Schuldenbremse ab 2016 einzuhalten. Wenn wir im Jahr 2012 eine Neuverschuldung von unter 30 Milliarden Euro eingehen, dann kommen diese zu den rund 1300 Milliarden Euro noch hinzu, die der Bund ohnehin schon an Schulden hat. Denjenigen, die angesichts guter Steuereinnahmen unglaubliche Spielräume sehen, rate ich daher zu Vorsicht.

SPIEGEL: FDP-Chef Philipp Rösler sieht das anders.

Schäuble: Nein. Der FDP-Chef und Wirtschaftsminister hat sehr klar gesagt, dass die Haushaltskonsolidierung Vorrang hat. Wenn es darüber hinaus Spielräume werden wir sie nutzen.

SPIEGEL: Wäre es angesichts der Euro-Krise nicht besser, mit der SPD zu koalieren? Das hat während der Finanzkrise bestens funktioniert.

Schäuble: Nein. Wir haben mit der FDP große Erfolge erzielt, die mit der SPD nicht möglich gewesen wären.

SPIEGEL: Das überrascht uns. Wir verbinden mit Schwarz-Gelb Dauerzank, das Steuergeschenk ans Hotelgewerbe und ein Regieren nach Lage der Umfragen.

Schäuble: Wahr ist, dass wir in der öffentlichen Wahrnehmung Defizite haben, vielleicht sogar große Defizite. Dennoch hat diese Regierung ihre Erfolge: Schauen Sie doch die Entwicklung der Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an! Inzwischen erkennen sogar unsere hochgeschätzten amerikanischen Freunde diese Erfolge an. Als mein US-Kollege vor kurzem bei mir war, sagte er, er versuche jetzt die US-Finanzpolitik „more germanlike“ zu machen.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

HANS-CHRISTIAN LAMBECK

CHRISTIAN THEIL / DER SPIEGEL

* Oben: mit Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann (r.) in Berlin am 30. Juni; unten: mit den Redakteuren Michael Sauga und Peter Müller im Berliner Finanzministerium.

die privaten Raumfahrtpioniere. „Der Transport von wissenschaftlichen Experimenten wird mittelfristig wohl ein größerer Markt sein als der von Personen“, sagt George Whitesides, Chef von Virgin Galactic, einer Tochterfirma des britischen Milliardärs und Abenteurers Richard Branson.

Schon seit verganginem Jahr fliegt Virgin Galactic Testflüge, die bald bis an die Grenze zum Weltraum führen sollen. Virgin hat dafür einen eigenen Raumgleiter entwickelt, der bis zu sechs Passagiere transportieren kann. Für derzeit rund 200000 Dollar pro Ticket. 450 feste Buchungen gebe es schon sowie Anzahlungen in Höhe von 55 Millionen Dollar, sagt Whitesides.

Dabei steht noch nicht einmal genau fest, wann der erste Flug ins All starten soll. Wahrscheinlich 2013.

Schon fast fertig ist dagegen der eigene Weltraumbahnhof, den Virgin in der Wüste von New Mexico baut – designt von Stararchitekt Sir Norman Foster.

Noch fliegt Virgin seine Tests in der Mojave-Wüste, rund zwei Autostunden nördlich von Los Angeles. An diesem Morgen im Juni landet das SpaceShipTwo gerade sicher nach seinem 13. Testflug. Der knapp 20 Meter lange, weiße Raumgleiter wirkt eher wie ein aufgemotzter Privatjet, nur die hochgezogenen Flügel deuten darauf hin, dass die Maschine weit mehr kann: Von einem speziellen Transportflugzeug bis auf 15 Kilometer Höhe gebracht, soll das SpaceShipTwo sein Raketentriebwerk zünden, auf 4200 Kilometer pro Stunde beschleunigen, die Passagiere so auf über 100 Kilometer Höhe schießen und ihnen damit fünf Minuten Schwerelosigkeit bieten. Die Tests sind bislang gut verlaufen, sagt Whitesides, das Raketentriebwerk werde im Laufe des Jahres das erste Mal zum Einsatz kommen.

Gleichzeitig kooperiert Virgin mit einem weiteren Raumfahrtneuling, der Sierra Nevada Corporation. Deren „Dream Chaser“ soll es bis in die Erdumlaufbahn schaffen.

„Wir feiern dieses Jahr 50 Jahre bemannte Raumfahrt und haben es geschafft, nur rund 520 Menschen ins All zu bringen“, witzelt Whitesides. „Erbärmlich“ sei das. Virgin wolle schon in den ersten Jahren mehr Menschen in den Weltraum schießen.

Aber glaubt das Unternehmen wirklich an eine Zukunft jenseits einer Nische? „Irgendwo müssen wir ja anfangen“, sagt Whitesides. In den Gründungsjahren der kommerziellen Luftfahrt sei es nicht anders gewesen. „Auch damals hieß es, das sei nur etwas für Millionäre.“

Am Ende sei es wie mit jedem neuen, noch unbekanntem Markt: „ein Glücksspiel“. Ausgang: offen.

PHILIP BETHGE,
THOMAS SCHULZ



Allianz-Vorstandschef Diekmann, griechische Insel Mykonos: „Wir können uns nicht leisten,

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Das Land hat eine Chance“

Allianz-Chef Michael Diekmann über den Beitrag privater Gläubiger am neuen Hilfsprogramm für Griechenland und seine eigenen Pläne für eine langfristige Lösung

Diekmann, 56, ist seit acht Jahren Vorstandschef des Münchner Versicherungskonzerns Allianz. Er strebt dieses Jahr mit Europas größtem Versicherer einen Gewinn von 8,5 Milliarden Euro an.

SPIEGEL: Herr Diekmann, die Finanzindustrie ist bereit, einen Beitrag zum neuen Hilfspaket für Griechenland zu leisten. Wie freiwillig ist dieser Beitrag denn?

Diekmann: Er muss so freiwillig sein, dass die Rating-Agenturen und die Wirtschaftsprüfer das akzeptieren. Handelt es sich nicht um einen freiwilligen Beitrag, kann es zu massiven Abschreibungen auf das gesamte Griechenland-Portfolio kommen. Dann reden wir nicht nur von den Tranchen 2011 bis 2014 ...

SPIEGEL: ... die im aktuellen Hilfspaket umgeschuldet werden müssen. Der Beitrag des privaten Finanzsektors soll bei zwei Milliarden Euro liegen. Um welchen Betrag geht es dabei bei der Allianz?

Diekmann: Wir sprechen über eine Finanzierungszusage der Allianz-Gruppe bis 2014 von rund 300 Millionen Euro.

SPIEGEL: Welcher Konzernchef rückt denn wirklich freiwillig Geld heraus?

Diekmann: Freiwillig dürfen Sie das nur, wenn Ihre Forderungen hinterher quali-

tativ besser abgesichert sind, als es vorher der Fall war.

SPIEGEL: Und das sind sie künftig?

Diekmann: Man könnte sagen, dass jeder Beitrag, der die Gesamtsituation entschärft, für sich schon eine Qualitätsverbesserung ist. So weit würde ich aber nicht gehen. Wir tragen ja eine Verantwortung, schließlich setzen wir nicht unser eigenes Geld ein, sondern das Geld unserer Versicherten. Deshalb muss es eine realistische Chance geben, dass das Geld auch zurückgezahlt wird.

SPIEGEL: Und wenn das schiefeht, haftet der Steuerzahler?

Diekmann: In der Situation sind wir jetzt. Im Moment würde kein privater institutioneller Anleger Geld in Griechenland investieren, weil das Land auf einem Schuldenberg sitzt, der nicht kleiner, sondern größer wird. Zudem sinkt die Wirtschaftsleistung. Deshalb werden die Schulden bei der Europäischen Zentralbank abgeladen oder bei Institutionen, die vom Steuerzahler finanziert werden. Das müssen wir ändern.

SPIEGEL: Wie soll das gehen?

Diekmann: Wir haben dazu einen Vorschlag gemacht. Ein Teil des Geldes, der für den Euro-Rettungsmechanismus vorgesehen

Trotz des anfänglichen Erfolgs kämpft SpaceX mit dem gleichen Problem wie alle anderen privaten Neugründungen: Raumfahrt ist immer noch viel zu teuer.

Das alte Shuttle-System hatte schon deshalb keine Zukunft mehr, weil jede Mission über eine Milliarde Dollar kostet. Insgesamt verschlang das Programm 173 Milliarden. Um langfristig Erfolg zu haben, muss es den kommerziellen Anbietern gelingen, jeden Transport von Mensch und Material ins All erheblich preiswerter zu machen.

„Wir brauchen ein Transportsystem, das vollständig wiederverwendbar ist“, sagt Musk. Vom Raumschiff- und Raketen-Recycling verspricht er sich „dramatische Kostenreduktionen“. Der SpaceX-Chef will die Transportkosten für Frachtgut in die Erdumlaufbahn auf unter tausend Dollar pro Pfund Gewicht drücken.

Es ist eine magische Grenze in der Raumfahrtindustrie. Und manche Experten halten sie für schlicht unerreichbar.

Musks Enthusiasmus sei „ansteckend und inspirierend“, sagt etwa Loren Thompson vom amerikanischen Lexington Institute, „aber die Erfolge von SpaceX stehen in keinem Verhältnis zur Rhetorik“. Immer wieder habe die Firma Zeitpläne korrigieren müssen. Nur sieben Starts habe SpaceX bislang durchgeführt, von denen drei gescheitert seien.

Tatsächlich ist noch völlig unklar, ob die hochfliegenden Pläne der neuen Raumfahrtfirmen überhaupt Wirklichkeit werden können. Zwar hoffen alle Anbieter, die Kosten mit preiswerten Technologien zu senken, um damit die Raumfahrt profitabel zu machen. Doch ob das tatsächlich gelingt, wird sich erst im laufenden Betrieb zeigen.

„Mit der Lernkurve steigen die Preise“, sagt Raumfahrtexperte Chiao. SpaceX habe ursprünglich Astronauten für 25 Millionen Dollar pro Reise ins All schicken wollen. „Nun liegt der Preis schon rund doppelt so hoch, und es würde mich nicht wundern, wenn er am Ende bei 100 Millionen liegt“, so der Ex-Nasa-Mann.

Vielleicht noch schwieriger zu beantworten als die Frage der Kostenentwicklung ist die, ob es überhaupt einen ausreichend großen Markt für eine private Weltraumindustrie gibt.

„Die Forschung im All bietet riesige Möglichkeiten für die Entwicklung und Verbesserung von Produkten, viele Unternehmen haben das längst erkannt“, sagt Space-Florida-Chef DiBello. Bei Experimenten im Shuttle etwa wurden neue Werkstoffe entwickelt, die weitreichende Anwendungen in der Industrie finden.

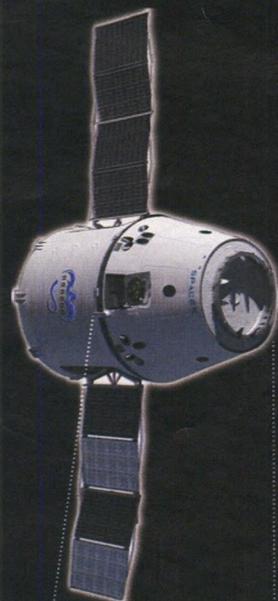
Mit fallenden Kosten sollen künftig immer mehr Unternehmen Platz für Untersuchungen auf den künftigen Raumflügen und neuen Forschungsstationen im All kaufen, so hoffen es

Traumschiffe

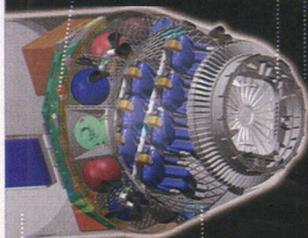
Kommerzielle Raumfahrt-Projekte
für die Reise an den Rand der Atmosphäre, zur ISS und in den Erdorbit

Dragon

SpaceX
Raumkapsel, die bis zu sieben Menschen oder sechs Tonnen Material zur Internationalen Raumstation (ISS) bringen soll.



Kopplungsadapter für die ISS



Stauraum für größere Lasten
Druckkabine für Nutzlast und/oder Besatzung

Dream Chaser

Sierra Nevada Corporation
Der Raumgleiter soll Astronauten zur ISS fliegen und Touristen ins All bringen.



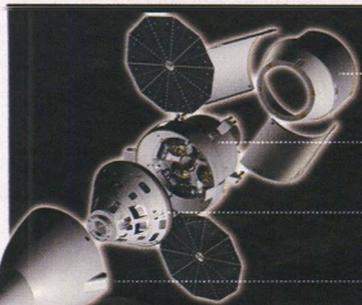
Start in den Orbit auf dem Rücken einer Atlas-V-Rakete

SpaceShipTwo

Virgin Galactic
Soll bis zu sechs Touristen für wenige Minuten an die Grenze zum Weltraum befördern.



Vom Trägerflugzeug abgekoppeltes SpaceShipTwo



Raketenadapter
Servicemodul mit Antrieb, Stromversorgung und Tanks
Modul für Besatzung und Nutzlast
Rettungseinrichtung für den Start

Orion

Nasa / Lockheed Martin
Projekt der Weltraumbehörde Nasa für die Reise zum Mond, zu Asteroiden und zum Mars



Reiseziel Mars

NASA/LOOKHEED MARTIN, SPACEX, MARK GREENBERG/VIRGIN GALACTIC/DAPD



„dass die Währungsunion auseinanderbricht“

ist, soll für die Schaffung eines Anleiheversicherers verwendet werden. Der sichert die Anleihen bis zu einem Nennwert von beispielsweise 90 Prozent ab. Investoren erhalten so Klarheit über den maximal möglichen Verlust, nämlich zehn Prozent. Dann können die betroffenen Staaten zu vernünftigen Zinsen wieder an den Kapitalmarkt zurückkehren ...

SPIEGEL: ... weil es für die Rückzahlung ihrer Schulden eine Art Staatsgarantie gibt.

Diekmann: Ja, aber eine mit Selbstbeteiligung. Der private Sektor hat ein Ausfallrisiko von – je nach Ausgestaltung – 10 bis 20 Prozent. Entscheidend ist doch: Aus der jetzigen Situation können sich die Griechen aus eigener Kraft nicht befreien. Es gibt nur drei Möglichkeiten. Entweder wir lassen das Land kollabieren. Das wollen alle Marktteilnehmer nicht, weil die Konsequenzen ziemlich fatal sein könnten. Zweite Möglichkeit: Wir lassen den Steuerzahler alles bezahlen. Oder wir ermöglichen es Griechenland, sich wieder auf dem Kapitalmarkt Geld zu besorgen. Das ist sicher die nachhaltigere Lösung. Aber dafür brauchen die Gläubiger ein gewisses Sicherheitsnetz, sonst wäre der Kauf von griechischen Staatsanleihen reine Spekulation.

SPIEGEL: Bisher haben die ganzen Hilfspakete und Rettungsschirme das Problem immer nur weiter verschoben und nie wirklich gelöst. Zuerst waren die Banken in Gefahr, dann drohten komplette Staaten zu kollabieren. Und was kommt dann?

Diekmann: Nichts. Deshalb müssen wir die Probleme innerhalb dieses Systems lösen. Und deshalb sind die ganzen Diskussionen über mögliche Alternativen zwar interessant, aber nicht realistisch.

SPIEGEL: Möglicherweise sind die Probleme aber innerhalb dieses Systems gar nicht zu lösen, weil die Staatsschulden inzwischen so gewaltige Dimensionen angenommen haben.

Vom Zahler zum Versicherer

Bisher gewähren IWF und Euro-Länder den Krisenländern Hilfskredite, um deren Pleite zu verhindern, und bürgen mit hohen Summen gegen Zahlungsausfälle. Dennoch sind die Zinsen für die betroffenen Länder weiter gestiegen, die Platzierung neuer Anleihen am Markt bleibt schwierig. Die Allianz schlägt stattdessen einen **Mechanismus zur Versicherung von Anleihen (ESIM)** vor:



Das Geld aus dem Rettungsschirm könnte so eine größere Wirkung entfalten. Das Hauptrisiko liegt beim ESIM und damit bei den Euro-Ländern.

Diekmann: Wenn man zu dieser Erkenntnis käme, wären wir wirklich verloren. Aber das sind wir nicht. Das Problem ist sehr groß, wir alle haben dazu beigetragen. Immerhin haben wir ja tüchtig exportiert nach Griechenland. Es war offensichtlich genug Geld vorhanden. Jetzt müssen wir dieses Problem konstruktiv lösen.

SPIEGEL: Wie passt es zu einem solch konstruktiven Verhalten, dass die Allianz über die Hälfte der griechischen Staatsanleihen, die sie vor einem Jahr besaß, inzwischen abgestoßen hat? Sie hatten doch der Bundesregierung versprochen, diese Papiere zu halten?

Diekmann: Wir haben uns hundertprozentig an die Absprachen gehalten, obwohl die Voraussetzungen für diese Absprache gar nicht mehr bestanden. Zum Beispiel sollte diese Vereinbarung im europäischen Geleitzug erfolgen. Außer den Franzosen hat jedoch keiner mitgemacht.

SPIEGEL: Tatsache ist: Die Allianz besitzt griechische Staatsanleihen im Wert von 1,3 Milliarden Euro, ein Jahr zuvor waren es noch 3,3 Milliarden.

Diekmann: Die Absprache galt nicht für das gesamte Portfolio. Zudem ging es darum, die Anleihen nicht in einen fallenden Markt hinein zu verkaufen. Wir haben damals allerdings unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass das nur geht, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist.

SPIEGEL: Es bleibt der Eindruck: In Zeitungsanzeigen fordern Sie die Rettung des Euro um nahezu jeden Preis – und durch die Hintertür verabschieden sie sich von Ihren Griechenland-Anleihen.

Diekmann: Noch einmal: Wir haben uns an die Absprachen gehalten. Und wir sind auch jetzt bereit, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Die deutsche Wirtschaft ist einer der Hauptprofiteure des Euro. Wir können es uns nicht leisten, dass die Währungsunion auseinanderbricht.

SPIEGEL: Haben die Griechen trotz Ihres Beitrages und der neuen Hilfen überhaupt eine Chance?

Diekmann: Wir müssen unterscheiden zwischen kurz- und langfristigen Maßnahmen. Was jetzt beschlossen wird, ist nicht die langfristige Lösung des Problems. Jetzt muss man sich hinsetzen und überlegen: Was muss denn eigentlich zusätzlich passieren neben all den geplanten Einsparungen? Dass ein Land einen so großen öffentlichen Sektor hat, ist ungewöhnlich und muss sicherlich nicht sein. Aber das Land darf sich nicht zu Tode sparen. Es muss Anreize schaffen



Banker in der Londoner City: „Wir brauchen ein gewisses Sicherheitsnetz“

für Investitionen. Das Schlimmste ist, wenn die Griechen selbst nicht investieren, weil sie nicht an die Zukunft ihres Landes glauben.

SPIEGEL: Ihr Kollege Mohamed El-Erian, Chef der kalifornischen Allianz-Tochter Pimco, ist der Meinung, dass die Schulden Griechenlands unter 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken müssen, sonst habe das Land keine Chance. Teilen Sie seine Meinung?

Diekmann: Natürlich wäre es leichter, wenn die Schuldenlast geringer wäre. Aber selbst wenn Sie die halbieren würden, wäre das eigentliche Problem Griechenlands noch nicht gelöst: Das Land hat Kredite hereingeholt, die mehr in den Konsum gegangen sind als in die Investition. Diese Mentalität muss sich verändern. Und man muss den Griechen mehr Zeit geben. Man kann das Reformprogramm nicht mit Brachialgewalt durchziehen.

SPIEGEL: Wie soll die griechische Wirtschaft ohne ein drastisches Sparprogramm wieder wettbewerbsfähig werden? Der Weg über eine Abwertung ist in einer Währungsunion ja nicht möglich.

Diekmann: Es gibt noch einen dritten Weg. Und der führt über Investitionen in die Infrastruktur und die Ausbildung der Menschen. Der US-Bundesstaat Florida war auch nicht gerade ein dynamisches Wirtschaftsland, aber irgendwann entdeckten die älteren Amerikaner die Vorzüge des Staates, dann folgten gutausgebildete junge. Heute ist Florida einer der vitalsten Staaten der USA. Die haben auch nicht abgewertet.

* Armin Mahler und Christoph Pauly in München.

SPIEGEL: Auch in Deutschland ist es trotz Milliardenhilfen an unterentwickelte Regionen nicht gelungen, überall eine dynamische Wirtschaft aufzubauen.

Diekmann: Strukturen können sich verändern. Bayern war auch bis vor gar nicht allzu langer Zeit ein Agrarstaat. Was zeichnet Griechenland aus? Es gibt viel Wasser und viel Sonne. Wir haben in Deutschland viel Geld in die Solarförderung gesteckt, das in Griechenland sicher sehr viel produktiver angelegt wäre ...

SPIEGEL: ... was aber, abgesehen von den technischen Problemen und dem Problem des Transports, den Investoren zugute käme und nicht den Griechen.

Diekmann: Es würde immerhin Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen. Ich kann hier nicht ein Wirtschaftsprogramm für Griechenland entwickeln. Aber das Land hat eine hohe Lebensqualität, und es hat eine Chance, Menschen und Investitionen anzuziehen. Es gibt Beispiele, wo das gelungen ist. Das braucht aber Zeit. Ich glaube daran, dass das Land die Kraft hat, über Reformen Bedingungen zu schaffen, so dass es attraktiv wird, in



Diekmann (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Mit Kapuze auf der Autobahn“

diesem Land zu investieren, sowohl für die Griechen als auch für Ausländer.

SPIEGEL: Und wenn das nicht gelingt?

Diekmann: Dann werden wir einen Dauerpatienten behalten ...

SPIEGEL: ... der mit immer neuen Hilfsprogrammen künstlich am Leben gehalten wird. Gibt es keinen Plan B, wenn das alles nicht funktioniert?

Diekmann: Sich auf einen Plan B einzulassen, bedeutet, sich eine Kapuze aufzusetzen und mit 200 Stundenkilometern auf der Autobahn zu fahren.

SPIEGEL: Würden die Finanzmärkte wirklich kollabieren, wenn Griechenland keine Hilfe bekäme?

Diekmann: Das kann Ihnen leider niemand genau sagen. Aber es gibt ja sehr ausführliche Beschreibungen, was passieren könnte: wenn dann das griechische Bankensystem zusammenbräche, was das wiederum für Folgen hätte bei den Banken, die an der Refinanzierung der griechischen Banken beteiligt sind. Und was das für die Glaubwürdigkeit der anderen Euro-Länder, die eine schwache Bilanz haben, bedeuten würde. Die wären dann auch total vom Kapitalmarkt abgeschnitten. Ich glaube, es ist richtig, dass wir uns auf dieses Experiment nicht einlassen.

SPIEGEL: Würde wirklich eine Finanzkrise wie nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers drohen?

Diekmann: Ich war bei Lehman Brothers zunächst der Meinung, es sei richtig, dass der Staat nicht hilft, der Markt werde das allein regeln. Dass der Zusammenbruch der Bank so fatale Auswirkungen haben würde, hat bei uns keiner vorhergesehen. Die Auswirkungen einer Insolvenz Griechenlands wären noch größer.

SPIEGEL: Seit Lehman muss der Staat immer wieder aberwitzige Summen bringen oder zumindest garantieren, Banken oder angeschlagene Länder zu retten, weil sonst die Finanzwirtschaft angeblich zusammenbricht. Sind die Politiker nur noch Getriebene, die machen müssen, was die Finanzmärkte diktieren?

Diekmann: Reden Sie mal mit Marktteilnehmern, die sagen Ihnen inzwischen, wie sehr sie von der Politik eingengt werden. Beide Seiten sind voneinander abhängig. Alle haben davon profitiert, dass die Wirtschaft mit einem sehr hohen Leverage ...

SPIEGEL: ... also mit sehr wenig Eigenkapital und hohen Krediten ...

Diekmann: ... finanziert war. Inzwischen haben alle Seiten gemerkt, dass das mit hohen Risiken verbunden war, die wir so nicht mehr eingehen wollen. Aber wir sind noch immer nicht in einem stabilen Umfeld, und das müssen wir den Bürgern auch klarmachen. Die Finanzkrise ist noch nicht vorbei.

SPIEGEL: Herr Diekmann, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



ANDREA G. PAPANDREOU FOUNDATION / AP (L.); BETTMANN / CORBIS (R.)

Papandreou-Clan, Premier Karamanlis*: „Am Ende werden sie doch pleitegehen“

GRIECHENLAND

Feudale Demokraten

Mit dem Sparbeschluss von Athen haben die Euro-Staaten Zeit gewonnen. Aber die Griechen werden damit nur schwer auf die Beine kommen: Drei Familien haben das Land ruiniert.

Die Schlange der Hungrigen zog sich vergangenen Donnerstag quer über den Hof des Athener Obdachlosenasyls hinter dem Omonia-Platz bis hinaus auf die Straße – wie jetzt täglich um die Mittagszeit: Rentner und Arbeitslose, Mütter mit Kindern und Einwanderer warteten geduldig wie immer, dass Kirchenleute ihnen etwas Essbares in die Hände drückten.

Georgios Levedogiannis, 38, ergatterte Erbsen mit Wurzeln und Kartoffeln, dazu drei Brocken Brot und einige Becher Joghurt. Seit neun Monaten kommt er regelmäßig hierher. „Das muss ich – um zu überleben.“

Levedogiannis hat sieben Jahre als Sicherheitsmann auf dem Athener Flughafen gearbeitet. Er war nicht reich, aber er kam damit über die Runden. Bis ihm seine Chefs 2009 kündigten. Noch sieht man ihm die Not nicht an: Levedogiannis trägt ein sauberes Hemd, eine gute Tuchhose in Blau und eine neue Gürteltasche. Er gibt sich Mühe. Aber er hat Tränen in den Augen. „Wenn ich Arbeit hätte, würde ich mir das nicht antun“, sagt er. Er

habe „null“ Geld, er schlafe beim Roten Kreuz, esse bei der Kirche und träume von anderen Zeiten, von Zeiten, in denen es noch Arbeit gab: „Wenn du keine Beziehungen hast, nimmst dich keiner. Und es wird immer schlimmer.“

In fast allen der 400 Kirchenkreise Griechenlands gibt es inzwischen Essen für die Armen so wie am Omonia-Platz. „Die Zahl der Bedürftigen nimmt rasant zu“, sagt eine der Helferinnen dort, „und wir wissen nicht, ob das schon das Ende ist.“

Wohl kaum. Denn am vergangenen Mittwoch beschloss das Parlament trotz heftiger Proteste mit knapper Mehrheit der regierenden Sozialisten ein massives Sparprogramm. Damit machte es den Weg frei für neue Notkredite der EU und des Internationalen Währungsfonds; ohne die 12 Milliarden Euro wäre Athen wohl in zwei Wochen pleite.

Das Sparpaket zu torpedieren, wie es die konservative Opposition versuchte, wäre deshalb „Selbstmord“ gewesen, meint Georgios Provopoulos, Gouverneur der Zentralbank. Aber nun sei die „Grenze erreicht“, mehr könne man dem Volk nicht abpressen.

Und dann sagte er der konservativen Zeitung „Kathimerini“, worum es eigent-

lich geht: „Es gibt keine Zweifel daran, dass die Krankheit des Systems eine bedeutende Hürde für eine bessere Politik“ sei. „Die Kosten, die wir jetzt zu zahlen haben, sind die Kosten der Fehler der Vergangenheit.“

Die Notkredite werden Griechenland über die nächsten Monate helfen, und sie verschaffen den anderen Euro-Ländern Zeit – Zeit, in der sie vielleicht die Krise der Währung etwas entschärfen können. Aber Griechenland werden sie kaum retten können. Denn in den vergangenen Jahrzehnten hat eine Elite, deren Kern die Familien Papandreou, Karamanlis und Mitsotakis bildeten, eine Klientelwirtschaft errichtet. Diese Elite hat Milliarden ausgeschüttet, die der Staat nicht hatte. Die Clan-Oberhäupter beglückten Freunde und Familie mit Wohlstand auf Pump. Sie blähten den Staatsapparat auf, damit jeder mal drankam, und schufen auf diese Weise ein Bürokratie-Monster.

Es ging beim Geschäft der Parteien immer eher um Gefälligkeiten als um Politik. Wer öffentliches Geld verschenken konnte, kaufte sich Freunde und Wähler, die der Partei etwas schuldig waren – und zugleich der Familie, die sie beherrschte. So entstand Griechenlands Feudal-Demokratie. Die Generationen kommen und gehen, die Namen derer da oben bleiben immer dieselben: Papandreou und Karamanlis und Karamanlis und Papandreou, dazwischen mal Mitsotakis. In keiner europäischen Demokratie hat es dergleichen je gegeben.

Und die Parteifürsten gewöhnten ihr Volk daran, über die eigenen Verhältnisse zu leben. Griechenland ist ein armes Land am Rande der Union, elf Millionen Einwohner, es gibt Olivenbäume, blauen

* Links: der heutige Premier Georgios Papandreou in Kindertagen mit Großvater Georgios und Vater Andreas; rechts: mit Jacqueline Kennedy 1961 in Kap Sounion.

Himmel und Strand. Sonst wenig. Jeder vierte Beschäftigte arbeitet inzwischen für den Staat. Der Staat ist die Quelle, jeder will sie anzapfen.

Und weil die Parteien den Staat en gros ausnahmen, griff sich auch das Volk, was es bekommen konnte. Die Reichen hinterzogen Steuern in Milliardenhöhe, die Armen schlugen sich mit Schwarzarbeit durch, Beamte ließen sich schmieren.

Jetzt muss Premier Georgios Papandreou flicken, was sein Vater mit ange richtet hat, unter dem die Menschen früher in Rente gehen konnten und weniger arbeiten mussten.

Der harte Schnitt müsse jetzt sein, glaubt Papandreou junior: „Entweder wir ändern uns, oder wir gehen alle miteinander unter.“ Dabei weiß er genau, was seit Jahrzehnten schief läuft. Sein Großvater, auch ein Georgios, begründete die Politik-Dynastie als Minister und schließlich Regierungschef.

Nach der Militärdiktatur von 1967 bis 1974 rief Georgios' Sohn Andreas Papandreou die sozialistische Pasok ins Leben. In den achtziger Jahren versorgte er seine Klientel derart hemmungslos, dass die Staatsschulden explodierten.

Eher eine Clique als eine Familie führt hingegen die Konservativen im Land, sie wechselte sich mit den Papandreous an der Macht ab: Konstantin Karamanlis, der Alte, regierte mehrfach, bevor dann sein Neffe Konstantinos die Macht übernahm. Manchmal war auch ein wenig Platz in der Parteispitze für die Mitsotakis-Familie: Mitsotakis, auch er Konstantin mit Vornamen, war ebenfalls mal Premier und vor allem zwei Jahrzehnte lang der starke Mann der Partei Nea Dimokratia.

Im Wahlkampf 2004 versprach Karamanlis junior dem Volk, er werde das Land reformieren. Nach gewonnener Wahl aber häuften sich die Skandale, es gab milliardenschwere Grundstück-Deals, Gelder der Pensionskassen wurden verschoben. Karamanlis' Leute fälschten die Finanzaufstellungen, die sie an die EU meldeten, und kurz vor ihrer Abwahl schufen sie noch schnell einige zehntausend Beamtenstellen: für Verwandte und Parteifreunde. Am Ende hatten die Konservativen das Staatsdefizit verdoppelt.

Mitsotakis' Tochter Dora, zeitweise Außenministerin, versuchte danach, die



Regierungschef Papandreou: Vertraulicher Anruf beim Gegner

Spitze der Nea Dimokratia zu übernehmen. Aber da drängte sich Antonis Samaras dazwischen – immer noch unter dem Ehrenvorsitz von Papa Mitsotakis.

Samaras – wie Papandreou ein reicher Zögling der Oberschicht – ist nun der Gegner des Premiers, ein harter Gegner, der mit all den alten Tricks spielt. Dabei duzen sich die beiden, seit sie sich in den siebziger Jahren eine Studentenbude in den USA teilten.

Papandreou gilt unter den Finanzpolitikern der EU als Glücksgriff: Er versucht zu sparen – Samaras aber verspricht den Wählern, die Steuern zu senken und mit der EU hart über Sparzwänge zu verhandeln.

Während Papandreou in den letzten Wochen rasant an Ansehen verlor und seine Pasok auf 27 Prozent fiel (der niedrigste Wert seit 34 Jahren), hielt sich Samaras' Nea Dimokratia bei 31 Prozent. Das reichte Mitte Juni zwar für Platz eins in der Wählergunst, lag aber noch 2,5 Prozent unter dem Ergebnis bei den Parlamentswahlen 2009.

Vor rund drei Wochen rief Papandreou seinen konservativen Gegenspieler an: ob die beiden ramponierten Parteien die Nation jetzt nicht gemeinsam retten sollten, in einer Großen Koalition? Er, Papandreou, könne dafür sogar seinen Chefposten zur Verfügung stellen.

Das Telefonat sollte vertraulich bleiben. Doch Samaras steckte es Journalisten, kurz danach blamierte er Papandreou noch mal im Parlament und machte so klar: Er will keine Konsens-Regierung.

Ob unter Papandreou allein oder unter beiden zusammen: Wenn der Staat nun spart, kann das gefährlich werden, weil es womöglich die Wirtschaft abwürgt: „Es ist wie bei einer Katze, die ihren eigenen Schwanz jagt“, sagt der griechische Wirtschaftsprofessor Yanis Varoufakis. Und sein US-Kollege Kenneth Rogoff, ehemals Chef-Ökonom des Internationalen Währungsfonds, warnt: „Wenn sie nur weitermachen mit dem Sparprogramm, werden sie in Mini-Wachstum oder Rezession feststecken, so weit das Auge schauen kann. Und am Ende werden sie dann doch pleitegehen.“

Dabei ist es ja nicht so, als ob die Griechen nicht schon jetzt gespart hätten. So sank Athens Haushaltsdefizit dank der ersten Sparpakete von 15,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 10,6 Prozent im vergangenen Jahr. Es gab Kürzungen etwa bei Gehältern, Pensionen, Sozialleistungen.

Dieser Sparkurs führte auch dazu, dass vergangenes Jahr 200 000 Menschen ihren Job verloren; mit 15 Prozent erreichte die Arbeitslosigkeit Ende März einen Höchststand.

Staatstragend Die Familien Karamanlis und Papandreou in der griechischen Politik

KONSERVATIV

Konstantin Karamanlis
geboren 1907, studierte Jura.
Politisch aktiv seit 1935.

Ministerpräsident:

- ▶ 1955 bis 1963*
- ▶ 1974 bis 1980

Staatspräsident:

- ▶ 1980 bis 1985
- ▶ 1990 bis 1995

Konstantinos Karamanlis
geboren 1956. Neffe des ehemaligen Staatspräsidenten Karamanlis. Seit 1974 in der Politik.

Ministerpräsident:

- ▶ 2004 bis 2009

*mit Unterbrechungen

LIBERAL

Georgios Papandreou
geboren 1888,
studierte Jura. Begann seine politische Karriere 1916.

Ministerpräsident:

- ▶ 1964 bis 1965

SOZIALISTISCH

Andreas Papandreou
1919 geboren, Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Georgios Papandreou. Seit 1964 in der Politik.

Ministerpräsident:

- ▶ 1981 bis 1989
- ▶ 1993 bis 1996

Georgios Papandreou

amtierender Regierungschef. Sohn von Andreas Papandreou, 1952 geboren. Studierter Soziologe. Seit 1981 politisch aktiv.

Ministerpräsident:

- ▶ seit 2009

Schrecklich nette Familie

Die Europäische Volkspartei, einst Motor der Integration, ist zerstritten. Einige Mitglieder neigen zum Populismus gegen Brüssel.

Weil zudem die Löhne auch im privaten Sektor häufig um 10 bis 20 Prozent gekürzt wurden, ging der Konsum ebenfalls um knapp 10 Prozent zurück, die Rezession verstärkte sich, ein Teufelskreis. Die Steuern müssen weiter steigen, die Ausgaben gekürzt werden, und die Lage wird sich so wohl nur noch verschärfen.

Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen sieht das vorige Woche beschlossene Sparpaket reichlich vor: Ein Solidaritätszuschlag trifft jeden, Grundstückssteuern werden erhöht. Das Sparpaket enthält auch das Versprechen der Regierung, endlich wirkungsvoller gegen Steuer Sünder vorzugehen. Wie, das weiß allerdings niemand.

Im Staatsdienst sollen bis 2015 etwa 150.000 Stellen eingespart werden. Weitere 50 Milliarden Euro soll der Verkauf von Staatseigentum bringen. Nur: Vieles ist schwer verkäuflich. Es gibt verlotterte Olympia-Arenen, vier alte Airbusse, immerhin aber Tausende Quadratkilometer Land, zum Teil in bester Küstenlage.

Vom Energieversorger PPC, zu 51 Prozent in staatlicher Hand, will die Regierung bis zu 17 Prozent privaten Investoren anbieten – gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaft, die zu Recht Entlassungen bei der 21.500 Mann starken Belegschaft befürchtet. Während das Parlament abstimmte, gingen, ein Zeichen des Protests, in mehreren Regionen Griechenlands die Lichter aus.

Ökonomieprofessor Georgios Argitis von der Universität Athen spricht mit Verachtung von der „herrschenden Klasse aus Politik und Kapital, die sich das Land zur Beute gemacht“ und all das angerichtet habe. Und der konfliktfreundige Bestseller-Autor Petros Markaris höhnt über den „maroden Staatsapparat“, dessen Vertreter „nur ein Interesse haben: Ihre Privilegien zu erhalten – alles andere ist ihnen scheinbar egal“.

Er meint beispielsweise jene Angestellten im Parlament, die immer noch 14 Gehälter pro Jahr beziehen und zwei zusätzliche darüber hinaus. Er meint das Schlaffenland des Öffentlichen Dienstes, in dem Politiker ihre Helfer versorgen, Väter ihre Familienmitglieder, Behördenchefs ihre Günstlinge.

Nach Regierungswechseln wurden jedes Mal Tausende Beamte und Angestellte neu eingestellt, ohne dass andere gehen mussten. Niemand nahm Anstoß daran, solange nur die eigenen Aussichten auf einen Job groß genug blieben. Doch inzwischen verachtet das Volk die ganze Kaste: 71 Prozent der Griechen sagten im Mai, dass sie kein Vertrauen in die Regierung hätten; 76 Prozent hatten genauso wenig Vertrauen in die Opposition.

FERRY BATZOGLOU, MANFRED ERTEL, CLEMENS HÖGES, HANS HOYNG

Wenn sich die Spitze der Europäischen Volkspartei (EVP) versammelt, ist es für Angela Merkel gar nicht so leicht, einen Platz zu finden, auf dem sie keinen anrühenden Tischnachbarn hat. Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat einen üblen Leumund wegen verschiedener Sex-Affären. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat ein Mediengesetz erlassen, das die Pressefreiheit abschnürt. Und nun auch noch Antonis Samaras: Der Chef der griechischen Nea Demokratia hat seine Oppositionspartei gegen das Sparprogramm der Regierung stimmen lassen, obwohl es zur Rettung des Euro dringend gebraucht wurde.

Die EVP ist der Zusammenschluss der konservativen Parteien Europas. Nominell ist es die mächtigste Parteienfamilie innerhalb der EU: 17 der insgesamt 27 Staats- und Regierungschefs gehören ihr an, sie stellt die größte Fraktion im Europaparlament, den Präsidenten des Europaparlaments, den Präsidenten des Europäischen Rats und den EU-Kommissionspräsidenten. Doch so richtige Feierlaune kam nicht auf, als die Parteivorsitzenden am vorvergangenen Donnerstag in der Brüsseler Académie royale zusammenkamen, um auf das 35-jährige Bestehen anzustoßen. In Wahrheit wurde heftig gestritten.

Angeführt von Bundeskanzlerin Angela Merkel haben die Regierungs- und Parteichefs auf Samaras eingeredet, doch bitte das Reformprogramm der sozialistischen Regierung in Athen zu unterstützen. Sonst drohe nicht nur Griechenland die Zahlungsunfähigkeit, sondern auch ein Absturz des Euro oder gar ein Crash der Weltwirtschaft.

Der rumänische Premier Emil Boc sagte, er habe das Sparprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Rumänien anfangs auch kritisch gesehen,

jetzt müsse er sagen, es sei richtig gewesen. Die Premierminister von Portugal und Irland, Pedro Passos Coelho und Enda Kenny, berichteten, sie hätten den Reformen ihrer Vorgänger zugestimmt und seien trotzdem gewählt worden.

Doch Samaras blieb stur. „Sie wollen ja vielleicht Ministerpräsident werden“, spottete EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy. „Aber wenn Sie so weitermachen, können Sie sich in Griechenland nicht einmal das Papier leisten, auf dem die Wahlzettel gedruckt werden.“

Einst waren die in der EVP versammelten Konservativen wie Helmut Kohl oder Jacques Chirac die Anführer der Integration, jetzt pflegen sie immer stärker nationale Egoismen. Gerade konservative Politiker sind anfällig für antieuropäischen Populismus. So wollte Berlusconi zusammen mit dem EVP-Kollegen Nicolas Sarkozy, Präsident Frankreichs, die EU-Reisefreiheit einschränken.

Auch die CSU steht nicht unverbrüchlich zum europäischen Einigungsprojekt. So legte Generalsekretär Alexander Dobrindt vor kurzem ein EU-kritisches Thesenpapier vor, das der CDU-Europaparlamentarier Elmar Brok „populistisch“ nennt.

Die „innenpolitischen Spielchen“, die Brok den griechischen Parteifreunden vorwirft, finden sich also auch in den eigenen Reihen. Der Unterschied besteht darin, dass von der griechischen Opposition derzeit das Schicksal der Weltwirtschaft abhängt. Bei den Führern der Nea Demokratia scheint diese Einsicht

allerdings noch nicht angekommen zu sein.

Marietta Giannakou, Chefin der Nea Demokratia im Europaparlament, weist die Kritik ihrer konservativen Parteifreunde zurück. „Das Sparprogramm hat doch eine Mehrheit bekommen, dafür brauchen die Sozialisten uns nicht“, sagt sie.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit: Für die nächste Kredittranche reicht die einfache Parlamentsmehrheit, doch für ein neues Hilfsprogramm wünscht der IWF die Zustimmung der Opposition, weil das Programm über die nächsten Wahlen hinaus laufen würde.

Sollten sich die Parteifreunde in Athen weiterhin stur zeigen, denkt man in der EVP bereits über Sanktionen nach. „Wenn eine Partei so fundamental gegen europäische Interessen verstößt“, sagt CSU-Mann Manfred Weber, „muss man sich überlegen, ob sie noch in der EVP verbleiben kann.“

CHRISTOPH SCHULT



Oppositionschef Samaras
Innenpolitische Spielchen